

Märkische Linke

Infoblatt – DIE LINKE – Ostprignitz-Ruppin

Dezember 2016

12/2016

Politikwechsel dringend nötig

Bodenständig und in der Region für die Bürger unterwegs

Ideen zur Gestaltung der zukünftigen Politik in Deutschland hat Kirsten Tackmann viele. Einige Kernpunkte sprach sie in einem sehr interessanten Interview vom 15. November 2016 im Ruppiner Anzeiger an, als es um Fragen zu einer möglichen rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene ging. Vorausgegangen war dem ein in der Öffentlichkeit wohl nicht so beachtetes Treffen von etwa 100 Bundestagsabgeordneten und Funktionären von SPD, LINKEN und Grünen im Bundestag in Berlin, an dem auch Kirsten Tackmann teilgenommen hat.

Auf die Frage, warum sie daran teilgenommen hat, antwortete Kirsten Tackmann: »Wir brauchen dringend einen Politikwechsel. Die Schere zwischen Armen und Reichen öffnet sich immer weiter. Es gibt zu viele Verliererinnen und Verlierer der Entscheidungen auf Bundesebene. Das sind Erwerbslose, Landwirtschaftsbetriebe, Selbständige, Alleinerziehende oder Ostrentnerinnen und -rentner. Aber auch die ländlichen Regionen insgesamt, wenn Bahnen und Busse, Arztsprechstunden und schnelles Internet fehlen. Das hat nicht nur, aber vor allem mit Bundespolitik zu tun. Aber aus meiner Sicht sollten solche überfraktionellen Gespräche auch demokratischer Alltag sein. In den vielen Gesprächen mit Wählerinnen und Wählern wird mir immer wieder gesagt: streitet nicht, sondern redet miteinander und sucht Lösungen, damit unser Alltag

Fortsetzung Seite 3

Auch 2017 - auf zur LL-Demo nach Berlin

Treffpunkt

und Abfahrt mit dem Bus am

15. Januar 2017

um 8.00 Uhr

an der Geschäftsstelle der LINKEN,
Schinkelstr. 13 in Neuruppin.



Spitzenkandidatin des Landesverbandes Kirsten Tackmann

Foto: DIE LINKE. Brandenburg

Am 26.11. fanden sich über 100 GenossInnen in Falkensee zusammen, um die Landesliste der LINKEN für die Bundestagswahl 2017 aufzustellen.

Trotz vieler Negativschlagzeilen war die Stimmung unter den Genossen sehr konstruktiv. Landesvorsitzender Christian Görke und der Parteivorsitzende Bernd Riexinger hielten sehr kämpferische, aber auch kritische Reden, wobei besonders Görke hervorhob, dass wir als LINKE unsere Bodenhaftung nicht verlieren dürfen. Nur so können wir auch weiterhin als glaubhafte Alternative zu den anderen Parteien gesehen werden.

Des weiteren wurde unsere Direkt-

kandidatin Kirsten Tackmann mit überraschenden 100% zur Spitzenkandidatin des Landesverbandes gewählt. Ein anderes Ergebnis hatten wir natürlich auch nicht erwartet - schließlich setzt sie sich schon seit 2005 als Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis 56 bodenständig und voller Elan für die Bedürfnisse der Menschen in Ostprignitz-Ruppin, in der Prignitz und dem Havelland ein.

Wir sind sicher, der Landesverband hat die richtige Entscheidung getroffen, und freuen uns darauf, gemeinsam mit Kirsten den Wahlkampf zu bestreiten.

*Paul Schmudlach
Kreisvorsitzender*



Neujahrsempfang

DIE LINKE. OPR

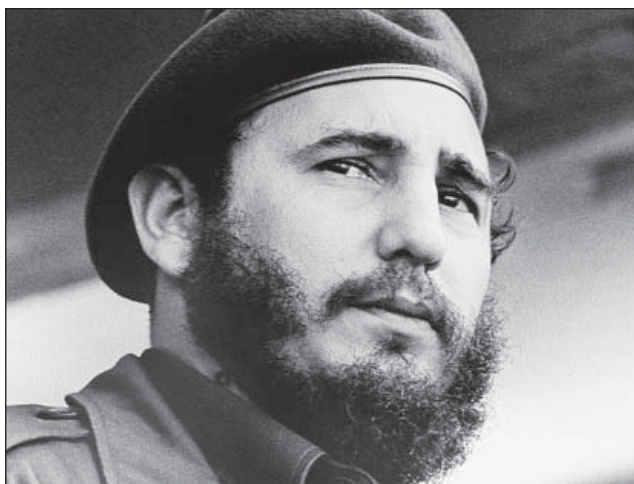
Donnerstag, den **12.01.2017**, 18.30 Uhr

Wittstocker Rathaus, Großer Saal

Wir erwarten **Diana Golze**,
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie des Landes
Brandenburg.

Eine bessere Welt ist möglich!

Der Zaun der kubanischen Botschaft war mit Blumen geschmückt, Kerzen brannten, jemand hatte ein Schild mit der Aufschrift »Gracias Fidel« angebracht. Fast einhundert Kubafreunde hatten sich am 26. November 2016 in stillem Gedenken am Eingang der Botschaft versammelt. Sie wollten Abschied nehmen von



einem standhaften Revolutionär, einem großen Internationalisten und einem vor allem in Lateinamerika und in den Ländern des globalen Südens hochverehrten Staatsmann. Fidel Castro war die Führungspersönlichkeit der kubanischen Revolution, sein Name ist zudem eng verbunden mit dem Integrationsprozess auf dem lateinamerikanischen Kontinent.

All jene, die sich für Unabhängigkeit, Frieden und soziale Gerechtigkeit einsetzen, verneigen sich in tiefer Trauer vor

Zwischenruf

Von Achim Müller

Die schwarze Null

Da jubelte der Bundesfinanzminister Schäuble. Das vierte Mal in Folge eine schwarze Null geschafft. Naja, eigentlich könnte man sich ja darüber freuen, wenn ein Staat einen ausgeglichenen Haushalt hat. Aber haben wir Bundesbürger Grund zur Freude? Ich glaube es nicht. Gibt es doch über sieben Millionen Menschen in unserem Land, die von der positiven Entwicklung abgehängt sind. Ja, es stimmt, der größte Posten im Bundeshaushalt ist der für Arbeit und Soziales, der 2017 sogar noch um knapp 9 Milliarden Euro steigen wird. Ist aber dieser Posten nicht gleichzeitig Ausdruck dafür, dass immer mehr Menschen auf die sozialen Siche-

Fidel Castro. Die kubanische Revolution war und ist ein Beleg dafür, dass eine bessere Welt als gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus möglich ist und erkämpft werden kann. Und es ist genau dieses Beispiel, das den Mächtigen dieser Welt Angst macht: das Beispiel eines kleinen Landes, das sich gegen übermächtige Gegner behauptet, ein Land, das seinen Prinzipien treu bleibt und souverän seinen eigenen Weg der Unabhängigkeit und des Sozialismus geht.

Wer Fidel Castro war, schreibt André Scheer in der »Jungen Welt«, lässt sich leicht beantworten, wenn man sich anschaut, »wer um den langjährigen kubanischen Präsidenten trauert und wer seinen Tod bejubelt«.

...Die Mitstreiterinnen und Mitstreiter der AG Cuba Sí trauern um den Comandante en Jefe. Der Tod Fidels wird die Aktivistinnen und Aktivisten der Solidaritätsgruppen in Deutschland, Europa und international noch enger zusammenschweißen und die Solidaritätsarbeit für das sozialistische Kuba und den Kampf für eine bessere Welt fortsetzen. ...

Danke Fidel, für Dein Lebenswerk! Hasta la victoria siempre!

AG Cuba Sí

(redaktionell gekürzt)

...rungssysteme angewiesen sind, weil sie von ihrem Arbeitseinkommen oder ihrer Rente nicht mehr leben können? Aber, und so sagen es die Regierenden, die Betroffenen können sich freuen. Steigt doch beispielsweise der Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger ab Januar 2017 von 404 auf 409 €, also um 5 Euro monatlich - Hurra! Welche Leistung der Bundesregierung! Somit wird die Spaltung der Bevölkerung weiter verschärft. Das ist aber nicht nur ein deutsches Problem, sondern ein EU-weites. Wenn, wie Statistiken belegen, 118 Millionen Europäer trotz Vollzeitjob armutsgefährdet sind und rund 40% der Jugendlichen in den Südländern keine Perspektive sehen, dann läuft in diesem, angeblich so menschlichen, kapitalistischen System etwas falsch. Dann verfestigt sich der Gegensatz in der Gesellschaft und was daraus entstehen kann, zeigten uns die US-Wahlen.

Kommentar

Merkel macht's noch mal

Spätestens, seit die CDU der Kandidatur von Steinmeier für das Bundespräsidentenamt zugestimmt hat, war vielen klar, dass Merkel als Kanzlerin wieder antreten wird. Sind diese Personalentscheidungen doch symptomatisch für das Regierungsbündnis von CDU/CSU und SPD. Getreu dem Motto, ich gebe euch einen Posten und ihr unterstützt uns bei unserer Postenbesetzung, werden Koalitionen vorbereitet. Da können CDU und SPD noch so laut tönen, dass sie ab 2017 nicht wieder eine große Koalition anstreben, der Glaube fehlt dafür aber den Bürgern. Schwarz/Rot im Bund würde für eine weitere Legislaturperiode die Zementierung des Stillstandes in Deutschland bedeuten. Eine konstruktive und effektive Oppositionsarbeit wäre dann, wie bisher, nicht möglich.

Die Schere zwischen Arm und Reich würde sich weiter öffnen und der Riss in der Bevölkerung sich vertiefen. Ja, es ist unbestreitbar, dass wir Deutschen hier, im internationalen Vergleich, gut leben können. Das bedeutet aber nicht, dass alle davon etwas haben. Wenn Millionen in Armut leben, Mittelständler große Angst vor sozialem Abstieg haben, die Flüchtlingsfrage noch immer nicht gelöst ist und der Anteil an Mini-Jobbern und Zeitarbeitern weiter steigt, so sieht man, welche Baustellen die Politik vor sich hat. Dass diese Probleme von Schwarz/Rot gelöst werden, ist eher unwahrscheinlich.

Deshalb ist ein Politikwechsel im Bund ein Gebot der Stunde. Dies kann uns LINKEN aber nur gelingen, wenn wir auf die Befindlichkeiten der Bürger eingehen, ihnen schlüssige und nachvollziehbare Antworten auf ihre Fragen geben und Bürger, die eine andere politische Meinung haben, nicht diskriminieren und beleidigen. Vielmehr sollten wir die Ursachen ergründen, warum eigentlich bisher »normale« Bürger plötzlich rechte und/oder fremdenfeindliche Gedanken äußern und verbreiten. So lange, wie wir die Bedenken dieser Menschen nicht ernst nehmen, so lange werden wir genau so wie andere Parteien behandelt - nämlich wie »Die da oben«. Dabei spielt auch die Vorbildwirkung unserer LINKEN Minister eine nicht zu unterschätzende Rolle. Besinnen wir uns auf unsere Wurzeln und wir werden wieder erfolgreicher werden.

Hans-Joachim Müller

Neuruppiner LINKE unterstützt Kleingärtner

Stadtvorstand neu gewählt

Am Donnerstag, den 24. 11. hatten sich knapp 30 GenossInnen des Stadtverbandes Neuruppin zur Wahl des neuen Stadtvorstandes eingefunden.

Joachim Behringer, Vorsitzender des Stadtverbandes, legte vor den Anwesenden Rechenschaft über die geleistete Arbeit des Vorstandes in den letzten beiden Jahren ab. Dabei konnte er eine positive Bilanz ziehen, zeigte aber auch auf, vor welchen Anforderungen der Stadtverband in Zukunft stehen wird.

Ronny Kretschmer, Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Neuruppiner Stadtparlament, berichtete den Genossinnen und Genossen, welche Erfolge auf Initiative der LINKEN für Neuruppin erreicht werden konnten. Ronny erläuterte, wie schwierig die Parlamentsarbeit ist, aber auch, wie es der Fraktion gelingt, Mehrheiten im Parlament zu organisieren. Dass hierbei eine konstruktive Überzeugungsarbeit notwendig ist, sollte nicht unerwähnt bleiben. Er betonte aber auch, dass eine erfolgreiche Parlamentsarbeit nur mit Unterstützung aller Mitglieder möglich ist. In diesem Zusammenhang lobte er die

gute Zusammenarbeit mit dem Stadtvorstand, bedauerte aber gleichzeitig, dass die stets öffentlichen Fraktionssitzungen kaum besucht werden. Nur wenn wir wissen, was euch, was die Bürger bewegt, können wir noch besser werden, appellierte Ronny an die Anwesenden.

Bei der anschließenden Diskussion brachten unsere Mitglieder die Sorge

Beschlüsse:

1. Die Mitglieder des Stadtverbandes Neuruppin der Partei DIE LINKE lehnen die von der Stadtverwaltung Neuruppin geplante Kündigung von 28 Kleingärten an der Eisenbahnstraße ab. Die Stadt verfügt über genügend andere Flächen, die in Bauland umgewandelt werden können.

2. Die Mitglieder des Stadtverbandes Neuruppin der Partei DIE LINKE unterstützen den Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung Neuruppin, eine Studie zur Untersuchung der Entwicklung des Bedarfs an Sozialwohnungen in Neuruppin in Auftrag zu geben und die dafür notwendigen Finanzmittel einzustellen.

despolitikern, wie aktuell Stefan Ludwig, wurde thematisiert. »Die soziale Kälte in



David Hölker, Doris Hochschild, Achim Behringer, Marion Wenzel, Arno Lisch (v.l.)
Foto: Achim Müller

zum Ausdruck, dass es immer schwerer wird, den Bürgern linke Landespolitik zu erläutern. »Wie soll ich etwas erklären, wenn ich selbst nicht davon überzeugt bin«, war der Tenor. Nicht nur am Beispiel der Kreisgebietsreform, sondern auch an solchen lokalen Themen wie »Neuruppiner Kreisel« wurde Kritik an der Landespolitik geübt. Aber auch das Verhalten von Landespolitikern, wie aktuell Stefan Ludwig, wurde thematisiert. »Die soziale Kälte in

dieser Handlungsweise ist nicht nachvollziehbar«, sagte ein Genosse, worauf er Zustimmung erntete. Auch vermissen viele GenossInnen die direkte Verbindung zum Landtag. Ein weiterer Diskussionschwerpunkt war die mangelnde Medienpräsenz unserer Partei, vor allem in der lokalen Berichterstattung. Insgesamt war das eine sehr konstruktive und erfrischende Diskussion.

Der Stadtvorstand hatte den Mitgliedern 2 Beschlusssentwürfe zur Abstimmung vorgelegt, die mehrheitlich angenommen wurden.

Bei der Wahl des Stadtvorstandes wurden alle nominierten Kandidaten mit über 90% Zustimmung gewählt.

Der neue Stadtvorstand besteht aus:

Joachim Behringer - Vorsitzender, Doris Hochschild, Marion Wenzel, David Hölker, Arno Lisch und Hans Schaefer.

Politikwechsel dringend nötig

Fortsetzung von Seite 1

leichter wird. Und genau das sehe ich als meinen Auftrag als Abgeordnete.«

Auf die Frage der Machbarkeit einer rot-rot-grünen Koalition auf Bundesebene sagte Kirsten Tackmann: »Zunächst entscheidet ja die Wählerschaft, ob eine solche Koalition rein rechnerisch gewollt ist. Und selbst wenn, fällen aus sehr guten Gründen nicht parlamentarische Gremien, sondern die Parteien die Entscheidung über Koalitionsverhandlungen und ihre Ergebnisse. Aber für mich war bei dem Treffen der Wille spürbar, über gemeinsam Erreichbares zu diskutieren. Ob sich

daraus eine belastbare Basis entwickeln lässt, werden wir sehen. Es gibt ja auch im aktuellen Bundestag eine rot-rot-grüne Mehrheit, das haben viele schon vergessen. Aber selbst wenn wir uns inhaltlich einig sind, wird sie durch die SPD-Gefangenschaft in der Koalition ausgebremst, mit weitreichenden Folgen. Ein Beispiel aus meinem Fachgebiet: Die Bundesregierung lehnt gentechnisch veränderte Pflanzen in Brüssel nicht ab, trotz agrotechnisch-kritischer Mehrheit im Bundestag. Das muss sich ändern.«

(redaktionell gekürzt)

Kurz berichtet

In ihrer Mitgliederversammlung am 9. November 2016 hatten die Genossen der BO 14 Neuruppin Rechtsanwalt Gerd Klier zu Gast, der zu Vorsorgevollmacht und Patientenverfügung sprach, zahlreiche Fragen der Genossen beantwortete und wichtige praktische Hinweise gab. Es zeigte sich, dass zu diesen Fragen doch viel mehr konkrete Festlegungen notwendig sind als bisher allgemein angenommen.

Logisch, dass im zweiten Teil auch der Gedankenaustausch zu aktuellen Fragen nicht zu kurz kam, wie das für viele erschreckende Ergebnis der Wahlen in den USA, und die Diskussion schließlich auch bei der Neuruppiner Kommunalpolitik landete.

Bundestagsreport

DIE LINKE will eine Rente ohne Armut

Den parlamentarischen Dezember-Auftakt hat DIE LINKE vor allem dazu genutzt, das Thema Rentenarmut in den Bundestag zu bringen und zu zeigen, wie ein Leben in Würde auch im Alter möglich ist. Denn die Antworten der politischen Konkurrenz, insbesondere der konservativen, sind entgegen der Propaganda der Großen Koalition und der Bundesregierung für diese Ziele ungeeignet. Und sie sind versuchte Täuschung, wie sich beim Thema Ostrenten-Angleichung bei näherem Hinsehen zeigt. Was da vom Renten-Gipfel Ende November schallte, war allenfalls eine absichtsvolle Verkündigung, denn der nötige Beschluss im Bundestag wird wohl nicht mehr vor der nächsten Bundestagswahl gefasst. Dass niemand von Union und SPD die Absicht hat, die Renteneinheit vor dem 35. Jahrestag der staatlichen Einheit herzustellen, wurde immerhin deutlich. Und selbst das ist eine Mogelpackung, denn da gleichzeitig die Höherwertung der nach wie vor niedrigeren Einkommen in Ostdeutschland abgeschmolzen werden soll, bleibt es bei der Benachteiligung aller Ostdeutschen, selbst dann, wenn sie die DDR gar nicht mehr erlebt haben.

**Statt
Flaschen
sammeln:
1050 Euro
Mindestrente!**
DIE LINKE.

Armut trotz Rente ist zwar im Ostteil dieses Landes besonders häufig, aber es ist ein wachsendes Problem im gesamten Land. Denn mit der Änderung der Berechnungsformel für die gesetzliche Rente unter Rot-grün ist das Rentenniveau (Vergleich zum Durchschnittseinkommen im gleichen Jahr) von 53% im Jahr 2000 auf 48% in 2016 gesunken. Bis 2030 wird

es auf 44,5% sinken - trotz steigender Rentenbeiträge.

Wie es anders geht, zeigt Österreich. Eine aktuelle Studie der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass dort nicht nur die Renten deutlich höher sind (Männer: 1.050 vs 1.820 => +770 Euro; Frauen: 590 vs 1.220 => +630 Euro), sondern auch die Rentenbeiträge niedriger (24,1% [einschl. Riester-Rente, Betriebsrenten und private Vorsorge] vs 22,8%), wobei der Arbeitgeberanteil in Österreich im Gegensatz zu Deutschland mit 12,55 sogar über dem der ArbeitnehmerInnen liegt! Allerdings sind dort eben auch Selbstständige, BeamtenInnen und PolitikerInnen in die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen.

Zu den Kernforderungen der LINKEN gehören:

- Wiederherstellung des Rentenniveaus von 53%,
- Überführung der Riester-Renten in das gesetzliche Rentensystem,
- jeder Einkommens-Euro muss mitfinanzieren: also auch Selbstständige, BeamtenInnen und PolitikerInnen einbeziehen,
- die Beitragsbemessungsgrenze zunächst drastisch anheben und später ganz abschaffen (Rentenkurve wird ab dem doppelten der Durchschnittsrente abgeflacht),
- statt Rente erst ab 67 nach 40 Beitragsjahren mit 60 abschlagsfrei in Rente,
- Angleichung der Ostrenten ohne wenn und aber und
- eine (vermögens- und einkommensgeprüfte) solidarische Mindestrente von 1.050 Euro.



Ein erfolgreiches Wochenende liegt hinter den Mitgliedern der LAG Rote Reporter. Unser Bildungsseminar vom Samstag zum Sonntag mit 15 Teilnehmern und vier Mitgestaltern in Blossin war eine prima Einstimmung auf den bevorstehenden Bundestagswahlkampf. Wir haben strategische Redaktionsarbeit gemacht und dabei viel Wissen aufgenommen und geteilt. Wir haben auch unsere LAG um weitere fünf Mitglieder bereichern können und heißen diese hier herzlich willkommen. Im Seminar ging es auch um die Bundestagswahl, das Programm und die Strategie der Partei DIE LINKE.

Reinhard Frank
Foto: Axel Claus

Parallel dazu muss gegen den Missbrauch von befristeten Arbeitsverhältnissen und Leiharbeit vorgegangen und der Mindestlohn angehoben werden, denn Armutslöhne führen zu Armutsrenten. Statt Langzeiterwerbslosigkeit zu finanzieren, wird ein Programm für gute, öffentlich geförderte Beschäftigung gebraucht. Unser Programm ist auch finanzierbar: mit jeweils 14% Arbeitgeber- und ArbeitnehmerInnen-Beitrag wird das für letztere sogar billiger, denn mit privater Vorsorge liegt jetzt schon der Durchschnitt bei 14,75% - Tendenz steigend.

Kirsten Tackmann, MdB

Ackerboden in Bauernhand!

965 Millionen Euro von 2014 bis 2020 für den ländlichen Raum in Brandenburg
LINKE. Brandenburg: Aktuelle Probleme lösen, neue Regelungen ab 2017 geplant

Von Ralf Christoffers und Anke Schwarzenberg, Landtagsabgeordnete der LINKEN

Für viele Brandenburger ist der ländliche Raum Lebens-, Arbeits- und Wirtschaftsraum. Er verfügt über eine leistungsstarke Agrarwirtschaft, zeigt an vielen Stellen positive wirtschaftliche Entwicklungen. Er prägt das Antlitz des Landes, ist mit seinen Natur- und Kulturlandschaften Motor der Tourismusentwicklung. Doch zugleich steht er vor großen Herausforderungen angesichts des demografischen Wandels. Wie können künftig die, laut Verfassung anzustrebenden, gleichwertigen Lebens- und Arbeitsbedingungen garantiert werden?

Um Lösungen zu finden, hat der Landtag 2015 eine Enquetekommission zur Zukunft der ländlichen Regionen eingesetzt. Parallel dazu wollen DIE LINKE und die Regierungskoalition den ländlichen Raum stärken und stabilisieren. Die geplante Strukturreform soll die staatliche Verwaltung neu organisieren. Sie ist damit auch ein Instrument, damit der ländliche Raum vital und attraktiv bleibt. Neben der demografischen Entwicklung, gibt es eine Reihe von Konflikten, auf die aktuell reagiert werden muss.

EU-Mittel für Regionalentwicklung

In den letzten Jahren und auch im Doppelhaushalt 2017/18 ist eine vollständige Kofinanzierung der EU-Mittel durch das Land vorgesehen. Damit können diese Gelder in voller Höhe in Anspruch genommen werden und dem ländlichen Raum zu Gute kommen. Das sind für die Förderperiode 2014 bis 2020 965 Millionen €. Zu den Förderprogrammen gehören: ländliche Berufsbildung, Vermarktung landtouristischer Angebote, einzelbetriebliche Investitionsförderung, Hochwasserschutz, Flurbereinigung, Agrarumweltprogramme, LEADER-Förderung, forstwirtschaftliche Maßnahmen.

Mit den Stadt-Umland-Projekten wurde in dieser Förderperiode eine Richtlinie neu installiert, die speziell Kooperationen von Städten mit ihrem Umland

unterstützt. Fördermittel aus den drei EU-Fonds ELER, EFRE und ESF werden kombiniert. Städte und Umlandgemeinden reichen Projektvorschläge ein, aus denen die besten ausgewählt werden.

Ab 2017 soll es eine Förderrichtlinie zur Marktstrukturverbesserung geben. Hier soll die regionale Erzeugung und

2016 geltende Erlass des Landes gibt den zuständigen Kreisbehörden rechtliche Hinweise und schafft Vollzugssicherheit.

Geplant ist die Einführung einer Höfeverordnung, die die Erbfolge von landwirtschaftlichen Familienbetrieben regelt. Sie soll ermöglichen, dass ein Hof in einer Hand bleibt und weiter bewirtschaftet werden kann. Der Gesetzentwurf für das Land befindet sich in Vorbereitung.



Für den in der Diskussion befindlichen Landesentwicklungsplan schlägt DIE LINKE im Landtag eine Erweiterung vor. Es sollte ein Passus zum Schutz der landwirtschaftlichen Nutzfläche eingefügt werden, um eine Wertschöpfung in der Fläche des Landes durch die Agrarstandorte wirtschaftspolitisch zu sichern.

Landwirtschaftliche Fläche nimmt durch Bau- und Infrastrukturmaßnahmen, teilweise auch durch Umwandlung in Wald, seit Jahren stetig ab. Seit 1992 sind 28.000 Hektar Landwirtschaftsfläche verloren gegangen. Der Landtag hat im März 2015 die Erarbeitung einer Strategie zur Reduzierung des Flächenverbrauchs beauftragt, die 2017 fertig werden soll.

Ein im Frühjahr 2016 herausgegebener Erlass regelt naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Damit soll vermieden werden, dass zusätzliche Fläche für die Landwirtschaft verloren geht. Stattdessen sollen die Naturschutzmaßnahmen produktionsintegriert, das heißt durch eine naturschonende, angepasste Bewirtschaftung (die den Landwirten vergütet wird) umgesetzt werden.

Artgerechte Nutztierhaltung

Im April 2016 hat der Landtag - im Zusammenhang mit dem Volksbegehren gegen Massentierhaltung - Maßnahmen zur Verbesserung des Tierwohls und zur Minimierung negativer Umweltauswirkungen beschlossen. Im Juni 2016 wurde dies durch einen Beschluss ergänzt, der die Landesregierung auffordert, ein Maßnahmenprogramm zur Stärkung einer

Vermarktung brandenburgischer landwirtschaftlicher Produkte unterstützt werden, um die regionale Wertschöpfungskette zu verbessern.

Bodenspekulationen eindämmen

Die stark gestiegenen Bodenpreise haben zur Folge, dass Boden zunehmend zum Spekulationsobjekt und zur Geldanlage wird. Außerlandwirtschaftliche Investoren oder auswärtige Unternehmen kaufen Flächen, die den heimischen Betrieben verloren gehen. Das Grundstücksverkehrsrecht des Bundes sieht unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit vor, den Kauf von Landwirtschaftsflächen durch Nichtlandwirte zu untersagen und ein Vorkaufsrecht zugunsten ortsansässiger Landwirte auszuüben. Der seit Frühjahr

Ist Putin an allem schuld?

Wer sieht noch durch in dieser komplizierten Welt?

Fortsetzung Teil 2 aus Märkische Linke 11/2016

Es mussten erst, die im eigenen Auftrag agierenden, für eine Auseinandersetzung erforderlichen Potenzen wieder entwickelt werden, die dann stellvertretend in der Lage wären, Krieg gegen den, jetzt auch politischen Hauptfeind führen zu können, um sich gegenseitig auszuschalten. Dabei ist auch der Weg das Ziel, denn das dadurch eröffnete optimale Rüstungsgeschäft wirft Maximalprofite ab. Da der Profit der Großunternehmen und Großaktionäre nur in einer kapitalistischen Gesellschaft als Antrieb für einen scheinbaren gesellschaftlichen Fortschritt ausgelegt werden kann, aber die gesellschaftlichen Aufgaben eines Staates auf Pump finanziert werden können, ergibt sich daraus eine zeitlich begrenzte Scheinüberlegenheit des Systems. Demonstriert wird diese Überlegenheit durch die Darstellung der Möglichkeiten eines unbegrenzten Konsums und eines ausufernden Lebensstils (für wen?). In einer sozialistischen Gesellschaft ist der Profit nicht das Ziel. Rüstung kostet nur, lässt sich aber auch nicht als Produktivkraft verwenden und verhindert durch Zweckentfremdung der Produktionskapazitäten eine ausreichende Produktion für Güter des Konsums. In Abänderung der Strategie der USA, Punkt 3, schaffte es somit die USA, unterstützt von ihren Verbündeten (»friedliebende« NATO-Partner), die Sowjetunion beinahe totzurüsten.

Den großen politischen Gegenpol (den geliebten Feind), die Sowjetunion, gab es 1991 nicht mehr. Was nun? ... Kalter Krieg beendet?

Normalerweise gäbe es, politisch begründet, keinen Grund mehr zu rüsten. Die »Unterstützung« der bisher marktwirtschaftlich »vernachlässigten« Staaten des Ostblocks ermöglichten einen Teilersatz für den entgangenen Profit, aber zu sehr in friedlicher Konsumproduktion. Die Kapazitäten des militärisch-industriellen Komplexes, die bisher maximalen Profit abwarfen, führen mit gedrosselter Leistung, denn Rüstungsgüter waren nicht so gefragt. Nun gibt es aber einmal das riesige militärische Potenzial der USA und der NATO, und auf der anderen Seite

das riesige produktive Rüstungspotenzial (Arbeitsplätze würden wegfallen, Arbeitslosigkeit in Größenordnung würde entstehen).

Das muss am Laufen gehalten werden!

Bei längerer Drosselung der Rüstungsproduktion gäbe es einen Dominoeffekt und alles bricht zusammen, denn ca. 47 % der Wirtschaft der USA sind direkt oder indirekt mit Rüstung, Militär und Geheimdiensten verbunden. Kosten sind kein Problem, denn diesen Teil der Gesellschaft, Militär und Rüstung, bezahlt sowieso der Rest der Welt über den Dollar-Handel.



Klaus Stüttmann, Rolfuchs 201502_S_23

Eine Entspannung bei den verringerten Profiten des militärisch-industriellen Komplexes fand man durch die Osterweiterung der NATO. Denn diese neuen NATO-Staaten müssen Militärtechnik aus der Zeit des Warschauer Vertrages durch Technik der NATO austauschen und hauptsächlich in den USA mit US-Dollar einkaufen. Um das alles mit einem guten Zweck zu begründen und somit den Profit am Laufen zu halten, muss ein neuer Feind oder müssen neue Feinde her. Neben Russland, das auch als Grund für die NATO-Osterweiterung herhalten muss, wird ein weiteres Feindpotenzial in der »Dritten Welt« geschaffen.

Um die Welt darauf einzustimmen, dass es Feinde gibt, tat und tut man alles, diese Feinde der Weltöffentlichkeit vorzuführen, und mit der medialen Macht und mit Untergrundaktivitäten der CIA ist das auch »relativ gut gelungen«. Jeder Medienkonsument weiß jetzt, wer die »Guten« und wer die »Bösen« sind.

Anfang der 1990er Jahre

Jugoslawien, ein souveränes entwickeltes Land, wollte nicht Diktate sowie wirtschaftlichen und politischen Einfluss anderer, der die Souveränität des Staates und die Selbständigkeit in der Entscheidung des politischen Weges des Landes einschränken würde, hinnehmen. Daraufhin tat man von westlicher Seite alles, um Jugoslawien zu bestrafen, und organisierte und unterstützte Bestrebungen zur Auflösung des Staatenbundes. Die Regierung widerstrebte einer Teilung des Völkerbundes, der sich viele Jahre bewährt hatte und ein friedliches Zusammenleben der Völker sicherte.

Leider hat auch Herr Genscher seinen Anteil daran, die Teilung Jugoslawiens als Weg in die Freiheit und in die Selbstbestimmung zu proklamieren und dabei Unterstützung zu versprechen. Die Politik

»Teile und Herrsche« ließ sich nicht problemlos umsetzen, und so wurde eine 5. Kolonne organisiert mit dem Ziel, eine Situation zu schaffen, die nach außen rechtfertigen sollte, Rest-Jugoslawien durch die NATO bombardieren zu lassen.

Ziel war es auch, das widerspenstige Serbien durch eine Abspaltung des Kosovo zusätzlich zu bestrafen. Der Verteidiger der Einheit Jugoslawiens, Präsident Slobodan Milošević, wurde zum Dämon in allen Medien gemacht, in Den Haag, dem »Internationalen Kriegsverbrechertribunal«,

eingesperrt und sollte als Kriegsverbrecher verurteilt werden. Die Beweise, Kriegsverbrechen begangen zu haben, konnten nicht erbracht werden, und da starb dieser Mann dann plötzlich in seiner Zelle. Dieses Tribunal wurde wegen und für Jugoslawien 1993 im Auftrage der USA von der UNO geschaffen.

Die »Büchse der Pandora« war geöffnet

Das Völkerrecht wurde nach Bedarf ausgelegt. Einmal für die »Guten« und einmal für die »Bösen«. Die Willkür und das Unrecht nahmen ihren Lauf.

Der nächste Schritt, den Feind zu definieren und das amerikanische Volk und die Welt aufzurütteln, die Rüstungs- und Kriegswilligkeit zu erhöhen, war wie schon mehrfach in der Geschichte geprobt, ein Fanal zu schaffen.

Karl-Heinz Schindler

(Wird fortgesetzt)

Ackerboden in Bauernhand!

Fortsetzung von Seite 5

regionalverträglichen, artgerechten und flächengebundenen Nutztierhaltung zu erarbeiten. Ziel soll es sein, diese Art der Tierhaltung zu stärken. Das Maßnahmenpaket soll in enger Abstimmung mit dem Tierschutzplan erstellt werden, der bis Ende 2017 vorliegen soll.

Gartenbaukonzeption

230 Millionen € erwirtschaftet der Gartenbau in Brandenburg jährlich auf einer Anbaufläche von 10.500 Hektar. Er ist damit ein regionaltypischer Wirtschaftszweig mit besonders hoher Wertschöpfung.

Aufgrund einer Reihe von witterungsbedingten Missernten, Preisverfall und dem Russland-Embargo stehen zahlreiche Gartenbaubetriebe in einer existenziellen Krise. Deshalb hat der Landtag im Juli 2015 eine Gartenbaukonzeption beauftragt, die bis 2017 zu erarbeiten ist. Sie soll eine Analyse enthalten und Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigen, unter anderem durch

angepasste Förderprogramme, Beratung, Nachwuchsförderung und Wissenschafts-Praxis-Dialog.

Stärkung der Fischereiwirtschaft

In Brandenburg gibt es etwa 130 Fischereibetriebe im Haupterwerb mit etwa 700 MitarbeiterInnen. Insbesondere die Teichwirtschaft befindet sich in einer wirtschaftlich schwierigen Lage. Mit Mitteln des Europäischen Fischereifonds werden Investitionen und Umwelleistungen in der Fischereiwirtschaft gefördert. Im Juli 2016 hat der Landtag die Landesregierung aufgefordert, eine Agenda zur konzeptionellen Entwicklung und Stärkung der Fischerei im Land Brandenburg auszuarbeiten. Daneben wurden Maßnahmen zum Interessenausgleich zwischen Fischerei und Naturschutz, zur möglichen Einrichtung eines Ausgleichsfonds und zur verbesserten Förderung der Fischereiforschung beschlossen.

Großschutzgebiete als Modell

In Brandenburg gibt es neben dem Nationalpark »Unteres Odertal« drei Biosphärenreservate und elf Naturparks, die jeweils durch eigene Schutzgebietsverwaltungen sowie durch die Naturwacht betreut werden. Im Zusammenwirken mit zahlreichen Akteuren in den Regionen sind diese Gebiete Modellregionen für eine umweltverträgliche Landbewirtschaftung im Einklang mit Regionalentwicklung und Naturschutz. So zeichnen sich diese Gebiete nicht nur durch Naturreichtum, sondern beispielsweise durch einen besonders hohen Anteil von Ökolandbau und durch hohe Besucherzahlen aus. Die Nationalen Naturlandschaften sind besonders touristische Anziehungspunkte. Das Land fördert unter anderem Besucherzentren in den einzelnen Gebieten, die der Umweltbildung und Tourismusinformation dienen und Regionalvermarktung unterstützen. *(Wird fortgesetzt)*

Eine Wahl zwischen Pest und Cholera?

Die US-Wahl - ein Resümee

Was ist passiert? Eine bürgerliche Wahl wie viele? Ja und nein. Ja, weil sich Machtverhältnisse nicht verändern. Mit Trump in der neuen Amtszeit wird, genau wie Obama, ein Präsident die USA regieren, der die Interessen der großen Industriekonzerne, des militärisch-industriellen Komplexes, der Banken und Versicherungen zum Schaden der Umwelt und der Lohnabhängigen/Arbeitslosen vertritt. Eine Aufhebung der Aggressivität in den nationalen und internationalen Beziehungen wird nicht eintreten, vielleicht bilden sich andere Machtverbindungen, z.B. USA - Russland ?

Nein, weil bei dieser Wahl die Lohnabhängigen, die tatsächlichen oder perspektivischen Opfer der neoliberalen Politik, der Globalisierung in den letzten Jahrzehnten, durch die Person Bernie Sanders auf eine Chance der sozialen Veränderung hofften. Die Ignoranz der sozialen Interessen der Arbeiterklasse, insbesondere der Jugend, eine Parteinahme für die neoliberalen Eliten, damit das Ausschalten von Bernie Sanders, führte zur Niederlage der Demokratischen Partei in den USA. Ein Bernie Sanders war zu gefährlich, denn es geht immer noch um Profite und Hegemonie.



Quelle: Pixabay

Was bedeutet das für die Linke? Die Aufgabe der linken Bewegung in den USA und in Europa ist es, den zu sozialen Veränderungen Drängenden eine linke Programmatik, einen Plan, eine Perspektive, ein politisches Zuhause zu geben. Schafft die linke Bewegung das nicht, wird sie nicht Speerspitze sein, sondern Nachzügler.

Die Lohnabhängigen werden sich dann umsehen, ob nicht eine andere politische Kraft ihre Offensivfähigkeit besser widerspiegelt und in den Bundestag, in das Brüsseler Parlament, in den Kongress

der USA oder sonst wohin verlängert. Die Rechte bietet sich immer als Pseudo-Alternative an, mit ihrer nationalen Abgrenzung und gefühlter Emanzipation gegenüber einer ökonomisierten Lebensform in allen Bereichen. Den Globalisierungsoffer produzierenden ruinösen Konkurrenzkampf zu ersetzen durch Traditionalismus und national eingefärbten Konservatismus hilft nicht bei der Problemlösung. Sie ist nicht mal Rebellion, sondern hilft bei der Lebensverlängerung der Eliten und bleibt eine Gefahr.

Egbert Nowack

Einfach etwas für die Bürger tun

Bürgerschaftliches Engagement liegt zwei jungen Männern sehr am Herzen

Als die beiden Jungunternehmer Christian Juhre und Marko Petruschke am 22. Juli 2016 das erste Mal zur »Flimmerstunde« als Freiluftkino auf den Neuen Markt in Neuruppin einluden, fragten

viele Bürger verwundert: »Was, so eine große Veranstaltung, und dann noch kostenlos?«

Da das Echo aus der Bevölkerung von super und Klasse bis zu zwei wunderschönen Tagen usw. reichte und das Presse-Echo durchgehend positiv war, entschieden sich die beiden, solche Events zum festen

Bestandteil der Neuruppiner Kulturszene werden zu lassen.

Das war Anlass für unser Redaktionsmitglied Hans-Joachim Müller, mit diesen beiden Unternehmern ein Gespräch zu führen.

Wer sind eigentlich Christian Juhre und Marko Petruschke?

Der Neuruppiner Christian Juhre ist Inhaber der Firma »Juhre-Veranstaltungstechnik« und hat in Hamburg seine

Ausbildung als Veranstaltungstechniker bei einem großen Fernsehsender erfolgreich absolviert.

Marko Petruschke lebt in Alt Friesack und ist freischaffender Kameramann.



Zwei aktive Jungunternehmer

Fotos: »Neuruppiner Bilderbogen«

Unter dem Namen »Petruschke-Film« ist seine Firma bekannt geworden. Viele Bürger kennen ihn noch als Kameramann von Ruppin-TV.

Beide haben sich »auf die Fahne geschrieben«, und das eint sie, dass alte Film- und Fotoaufnahmen sowie andere (neu)zeitliche Dokumente nicht in der Versenkung verschwinden, sondern einer breiten Öffentlichkeit weiter zugänglich bleiben sollen.

Als bei der Neueröffnung des Mu-

seums in Neuruppin die Brandenburger Kulturministerin sinngemäß sagte, was früher die Neuruppiner Bilderbogen waren, ist heute Facebook, war die Idee geboren. Unter dem Titel »Neuruppiner Bilderbogen« betreiben die beiden heute eine Facebook-Seite, die sich aktuell mit besonderen Ereignissen aus der Region bzw. dem Kreis OPR beschäftigt. Hier sind viele aktuelle Veranstaltungen, aber auch Dokumente, abrufbar.

Was bewegt Sie, sich so zu engagieren?

Der Hauptbeweggrund ist, etwas für die Region und ihre Bürger zu tun. Irgendwie fühlen wir uns, entsprechend unseren Möglichkeiten, den Bürgern gegenüber verantwortlich, etwas für das Gemeinwohl zu tun. Das drückt sich auch darin aus, dass wir zum Mai- und Hafenfest auf unserer LED-Videowand das gesamte Drachenbootrennen live übertragen haben. (Hierzu ist anzumerken, dass Christian Juhre ein ausgesondertes Drehleiterfahrzeug der Feuerwehr gekauft hat, mit dem er seine bis zu 5x3 Meter große Videowand für alle gut sichtbar präsentieren kann.)

Wenn solche Veranstaltungen wie die »Flimmerstunde« für die Bürger kostenlos sind, wie finanzieren Sie das?

Da müssen wir voranstellen, dass wir

Fortsetzung Seite 9

Kalenderblatt

Rosa und Karl und die Novemberrevolution 1918

Rosa Luxemburg wurde am 5. März 1871 in Polen als Tochter eines Holzhändlers geboren.

1887 trat sie der sozialrevolutionären Partei »Proletariat« bei. Zwei Jahre später musste sie in die Schweiz emigrieren, wo sie von 1890 bis 1897 an der Universität Zürich studierte. Ihr Doktorvater bezeichnete sie schon damals als überzeugte Marxistin.

1893 gründete sie mit Freunden die »Sozialdemokratie des Königreichs Polen« und nahm bis 1912 an allen Internationalen Sozialistenkongressen teil. Nachdem sie 1898 nach Berlin übersiedelt war und die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen hatte, trat sie in die SPD ein.

Ende 1905 reiste Rosa Luxemburg

illegal nach Polen, um mit polnischen ArbeiterInnen die russische Revolution zu unterstützen. In dieser Zeit traf sie mit Lenin zusammen und zog auf Grundlage der russischen Erfahrungen aus der Revolution Schlussfolgerungen über Aufgaben und neue Kampfmittel und -methoden für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung. Für ihren antimilitaristischen Kampf wurde sie mehrmals verurteilt und verbrachte zwischen 1915 und 1918 drei Jahre und vier Monate im Gefängnis.

1917 wurde in Russland der Zar gestürzt. Rosa Luxemburg schrieb dazu den Aufsatz »Zur russischen Revolution«, in dem sie Lenins Revolution begrüßte, gleichzeitig aber vor einer Diktatur der Bolschewiki warnte. In diesem Zusammenhang formulierte sie den berühmten Satz: »Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden.«

Am 1. Januar 1919 wurde die KPD gegründet. Diese nahm Luxemburgs

Spartakusprogramm kaum verändert als Parteiprogramm an.

Karl Liebknecht wurde am 13. August 1871 in Leipzig als Sohn des sozialdemokratischen Politikers Wilhelm Liebknecht geboren. 1890 bis 1893 studierte er Jura an den Universitäten Leipzig und Berlin, ab 1899 arbeitete er dann als Rechtsanwalt in Berlin.

Im Jahr 1900 trat er der SPD bei, von 1902 bis 1913 war er sozialdemokratischer Abgeordneter in Berlin. Er war aktives Mitglied der Zweiten Internationale und einer der Gründer der Sozialistischen Jugendinternationale.

1907 veröffentlichte er seine Schrift »Militarismus und Antimilitarismus«, wurde des Hochverrats angeklagt und zu anderthalb Jahren Festungshaft verurteilt. Im Januar 1912 zog er als einer der jüngsten SPD-Abgeordneten in den Reichstag ein und stimmte am 2. Dezember 1914 als

Fortsetzung von Seite 8

keine öffentlichen Gelder oder Zuwendungen erhalten. Wir sind kein Verein oder anderweitig organisiert, sind also, im Gegensatz zu kommunalen Einrichtungen, völlig unabhängig. Um solche Veranstaltungen wie die »Flimmerstunde« oder den »Neuen Weihnachtsmarkt«, der vom 8. bis 11. Dezember in der Neuruppiner Altstadt, vom Neuen Markt bis zum Seehotel, stattfand, durchzuführen, braucht man eine Reihe von Partnern aus der Wirtschaft. Diese uns unterstützenden Unternehmen tun das gern, da sie damit ihre Verankerung in der Region verdeutlichen wollen. Immer wieder hören wir, dass sie es gut finden, was wir für die Bürger tun.

Ich habe den Eindruck, dass die Neuruppiner sich, nach Jahren von kleineren und individuellen, wieder mal einen schönen großen und zentralen Weihnachtsmarkt wünschen. Stimmt mein Eindruck, und was haben Sie geplant?

Ja, der Eindruck stimmt. Viele, viele Bürger von Neuruppin, aber auch aus dem Umland, fragen ständig nach, was wir planen. Sie wünschen sich einen Weihnachtsmarkt ohne Eintritt, also frei begehbar, wo für Jung und Alt etwas dabei ist.

Zu unseren Planungen: Der absolute Höhe- und Mittelpunkt wird der Bau des XXL-Lebkuchenhauses sein, welches die Kinder verzieren können. Weiterhin wird es ca. 25 weihnachtliche Verkaufsstände geben, und auf unserer LED-Videoleinwand werden alte DEFA-Märchenfilme flimmern. Das gesamte Areal vom Neuen

Markt bis zum Seehotel wird in einem vorweihnachtlichen Flair erstrahlen, über dem ein überdimensionaler Weihnachtsmann thront. Lassen Sie sich einfach überraschen - Sie werden sicherlich nicht enttäuscht werden.

Zum Abschluss noch einige kurze Fragen:

Welche Dienstleistungen bieten Sie eigentlich an?

Kurz gesagt alles, was mit Veranstaltungen, von der Ausstattung über die Beschallung bis hin zur Filmvorführung, aber auch der gleichzeitigen Dokumentation, zu tun hat.



Noch sieht der Ikarus etwas unscheinbar aus.

Das heißt also, man kann Ihre Leistungen mieten?

Ja, und die folgenden sollen nur einige Beispiele sein: So haben wir schon das beliebte Kistenklettern mitgestaltet, Konzertbeschallungen realisiert oder Luftbilder/Videofilme produziert, aber auch Public Viewing bei den Fußball Welt- und Europameisterschaften durchgeführt. Auch wurden von uns schon Kinder- und Jugendprojekte wie beispielsweise »Die Stadtentdecker« in Neuruppin begleitet. Seit 2006 sind wir unter anderem für die Beschallung und Musik der Neustädter Hengstparaden verantwortlich und begleiten die Rheinsberger Kammeroper, den Netzebander Theatersommer oder die Fontane-Festspiele filmtechnisch.

Was haben Sie eigentlich noch vor?

Da gibt es etwas sehr erfreuliches zu berichten. Herr Juhre hat gerade einen Ikarus-Bus, wie man ihn sicher noch aus DDR-Zeiten kennt, gekauft, den er zum Multimediazentrum umbauen wird. Er soll zu einem fahrbaren Film- und Tonstudio, der auch als Pressezentrum, Messebus oder zu Werbezwecken genutzt werden kann, werden. Auf einer Seite werden, statt der Fenster, LED- Fernsehbildschirme eingebaut sein, wo sich Unternehmen, Vereine usw. präsentieren können.

Ich bedanke mich ganz herzlich für das Gespräch und wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute und weitere gute Ideen und Aktionen zum Wohle unserer Bürger.

Fortsetzung von Seite 8

einzigster Abgeordneter gegen die Kriegskredite.

Karl Liebknecht hat maßgeblichen Anteil an der Formierung revolutionärer Kräfte zur »Gruppe Internationale« (später »Spartakusgruppe«, ab 1918 »Spartakusbund«). Ende 1918 beteiligte er sich aktiv an den Vorbereitungen der Novemberrevolution und rief am 9. November 1918 vor dem Berliner Stadtschloss die »Freie Sozialistische Republik Deutschland« aus. Zusammen mit Rosa Luxemburg gab er die Zeitung »Die Rote Fahne« heraus.

Ab dem 8. Januar 1919 nahm Liebknecht zusammen mit anderen KPD-Vertretern am Spartakusaufstand teil.

Am 15. Januar 1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht verhaftet und von Offizieren der Garde-Kavallerie-Schützen-Division, die für die Niederschlagung des Aufstandes verantwortlich war, hinterrücks erschossen.

Zum Jahresausklang

Etwa 20 Personen hatten sich zur gemeinsamen Weihnachtsfeier der Freundschaftsgesellschaft und der Basisorganisation der LINKEN am 6. Dezember in Alt Ruppin zusammengefunden. Leider fehlten krankheitsbedingt einige unserer Mitstreiter.

Nach der Begrüßung durch Barbara Hinz und einer kurzen Berichterstattung von Rudi Menzel kamen unsere Gäste zu Wort. Anja Büchner, Wahlkreismitarbeiterin von Margitta Mächtigt (MdL), und ihr Lebenspartner, Dr. Stephan Lehmann, berichteten über



Foto: Achim Müller

das Aufforstungsprojekt in Costa Rica, welches er geleitet hat. Seine kurzen und prägnanten Darlegungen fanden bei den Zuhörern großes Interesse.

Die etwas andere Seite



Da brat uns einer ne Beatrix ...

**Die Storch will uns
ins Bergwerk schicken!**

ISOR aktuell, November 2016, Seite 6, Unentdecktes Land e.V.

»... das geistige Niveau der brandschatzenden, mit faschistoiden Methoden agierenden, menschen- und demokratieverachtenden Antifa ist so tief ... Die sollten mal ein bißchen am Hochofen oder im Bergwerk arbeiten oder überhaupt einfach etwas arbeiten.«

Beatrix von Storch, stellvertretende Bundesvorsitzende der AfD, in »AfD-Politikerin von Storch: Mauerverharmloser sind «erbärmlicher Haufen«, Junge Freiheit, 04.08.2016

Übrigens glauben die meisten Menschen, sie seien völlig anders als die meisten Menschen.

Klaus Lettke

»WER DIE FUßBALLWELTMEISTERSCHAFT NACH KATAR VERGEBEN HAT, MUSS ENTWEDER EINE SCHRAUBE LOCKER HABEN ODER BESTOCHEN SEIN. DAS IST SO ÄHNLICH, ALS WÜRDTE ICH DIE RODELWELTMEISTERSCHAFT IN DER SAHARA MACHEN.

Norbert Blüm, ehemaliger Bundesarbeitsminister (CDU), zum Fifa-Skandal auf Stern TV

Politik ist wie Fußball.
Es macht einfach mehr Spaß und ist interessanter, wenn die Bayern nicht dabei sind!

Die Pizza wurde mir vom Arzt verschrieben.
Wieso, von welchem denn?
Von Dr. Oetker!



Pritzwalker Stadtzeitung, Hartmut Winkelmann

In den USA ist wieder ein Schwarzer erschossen worden, weil er unbedingt zu rennen anfangen musste. Schwarze müssen sich dort ihr Tempo dreimal überlegen. Die Ampel schaltet auf Rot - jetzt nur nicht schneller werden, da drüben steht ein Polizist, der guckt schon so komisch.

Schwarzen in den USA geht es in etwa so wie dem Wolf in Deutschland. Der weiß nie, welche Geschwindigkeit die richtige für ihn ist. Wer einen Wolf sieht, denkt an das arme Rotkäppchen und ruft den Jäger. Dann heißt es: Renne, Wolf, renne! Wölfe, die stehenbleiben, sind bedrohlich. Weil sie offenbar keine Angst haben. Doch Wölfe, die rennen, sind noch gefährlicher als stehende. Wölfe sollen nun endlich wieder erschossen werden. Wenn sie rennen. Oder stehenbleiben.

Dumm nur: Die Wölfe kommen durch die Wälder aus dem Osten zu uns. Dadurch bemerkt man sie nicht rechtzeitig. Kämen sie aus Nordafrika, müssten sie durchs Mittelmeer schwimmen. Dann könnte man sie wenigstens ertrinken lassen. uka

(unten links, neues deutschland vom 22. April 2015)

»In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.«

Egon Bahr (SPD) im Gespräch mit Heidelberger Schülern, Rhein-Neckar-Zeitung, 4.12.2013



Pritzwalker Stadtzeitung, Hartmut Winkelmann

»Ich will nicht, dass wir Menschen - quasi mit jeder Regung ihres Lebens und jeder Handlung in ihrem Leben - zum Gegenstand von kapitalistischer Verwertung machen.«
Sigmar Gabriel, Bundeswirtschaftsminister (SPD), zur Vorratsdatenspeicherung

Er war sich der Schuld voll bewusst, die er anderen in die Schuhe schob.

Wolfgang Mocker

Einer, der nie aufgibt

Da ist einer schon seit vielen Jahren politisch aktiv und hat manches bewirkt - aber wir haben genau wie er selbst wenig Aufhebens davon gemacht. Es war irgendwie immer selbstverständlich.

Nachdem Achim Behringer Maler gelernt und eine Zeit lang auch praktiziert hatte, entdeckte ihn die Kreisleitung der Freien Deutschen Jugend Neuruppin für sich. Jung, politisch und gesellschaftlich interessiert; aufgeschlossen allem Neuen, seit jeher vor allem mit Ideen, Elan und eigenem Tun, brannte er auch gleich für die neue Aufgabe. So lernte er im Kreis alle möglichen jungen Leute und Jugendgruppen kennen (was ihm heute noch in der Arbeit zugute kommt) und »bewegte«, organisierte manches mit. Höhepunkte und bleibendes Erlebnis: die vielen Jugendtreffen und die X. Weltfestspiele 1973 in Berlin mit ihrer Vielfalt und Stimmung.

Es folgten für den jungen Genossen einige Jahre Arbeit als Jugendinstrukteur in der Kreisleitung der Partei. In der Zeit der »Wende« entstanden auch für ihn erst einmal große Fragezeichen und maßlose Unsicherheit. Muss man nun alle Ideale, alle Ziele, auch das Ziel Sozialismus als eine sichere, zukunftsträchtige Gesellschaft, begraben? Er half sich erst einmal mit seinem Beruf als Maler über die Runden. Arbeitslosigkeit - bisher in der DDR unbekannt - blieb ihm allerdings auch nicht erspart.

Aber er gab nie auf. Und er hatte - mit Studium, Schulungen, wachem Verstand für die Gegenwart - den Kapitalismus nicht nur schlechthin studiert. Er ging kritisch damit um, half anderen, das auch zu tun, blieb seiner politischen Gesinnung trotz aller Enttäuschungen treu.

Viele kennen ihn in den vergangenen Jahren als Mitarbeiter unserer Bundestagsabgeordneten Kirsten Tackmann, als Kreisvorsitzenden und Stellvertreter und Stadtvorsitzenden der LINKEN in Neuruppin.

In die Kreisgeschäftsstelle der LINKEN in der Neuruppiner Schinkelstraße 13 (hier ist auch das Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten zu finden) kommen viele Bürger - beileibe nicht nur



Achim Behringer mit Jugendlichen des MittenDrin 2012 bei der Erneuerung der Inschriften der Grabsteine auf dem Ehrenhain des Neuruppiner Friedhofs mit Grabstätten von ehemaligen KZ-Häftlingen und Antifaschisten.

Foto: Jürgen Schubert

Genossen - mit Fragen und Problemen zu ihm. Vielen konnte er einen Rat geben und konkret helfen. Die »bezahlte Arbeitszeit« reichte dafür allerdings nie aus. Ab nächsten Monat wird er wohl auch wieder als Stadtverordneter wirken.

Die wichtigste - ehrenamtliche - Funktion bleibt für ihn die des Vorsitzenden des Stadtverbandes der LINKEN. Neuruppin. Da sind ständig Initiativen und Organisationstalent gefragt und vor allem, viele einzubeziehen. Denn der Stadtverband muss wieder mehr von sich reden machen.

Achim Behringer hat also auch als Rentner, Ehrenvorsitzender der AG Junge GenossInnen und als neugewählter Stadtvorsitzender in Zukunft genug zu tun. Es sei ihm dafür viel Mut, Kraft, Stehvermögen und ein gutes Team auch für die kommenden Jahre gewünscht.

ch-

Herzlichen Glückwunsch!

Zum Geburtstag gratulieren wir unseren Senioren:

Am	5.1.	Jürgen Erfurth	Schweinrich	zum	72.
Am	6.1.	Ursula Bumke	Heiligengrabe	zum	82.
Am	10.1.	Anton Schlögel	Neuruppin	zum	92.
Am	10.1.	Heidemarie Spogat	Neuruppin	zum	64.
Am	12.1.	Anette Bock	Kyritz	zum	63.
Am	12.1.	Elfriede Selle	Kyritz	zum	85.
Am	13.1.	Rudi Menzel	Neuruppin	zum	74.
Am	15.1.	Joseph Schipka	Rheinsberg	zum	71.
Am	21.1.	Doris Hochschild	Neuruppin	zum	62.
Am	21.1.	Christa Horstmann	Neuruppin	zum	83.
Am	22.1.	Marlen Trepte	Rüthnick	zum	83.
Am	24.1.	Dieter Groß	Kyritz	zum	68.
Am	26.1.	Manfred Meißner	Rheinsberg	zum	78.
Am	28.1.	Siegfried Naumann	Wildberg	zum	82.

Auch allen anderen Geburtstagskindern unser herzlichster Glückwunsch!



Eine schöne Weihnachtszeit,
für das neue Jahr Gesundheit, Freude
und viel Glück

wünschen

Kreisvorstand, Regionalvorstände
und Redaktion der Märkischen Linken!



Das besondere Ereignis

Die »Neunte« in Neuruppin

Es war schon ein absoluter Höhepunkt im Kulturleben der Kreisstadt, diese glanzvolle Aufführung der 9. Sinfonie von Beethoven am 6. November 2016. 1834 war sie in Wien uraufgeführt worden; der zu dem Zeitpunkt bereits völlig ertaubte Beethoven hatte sie in sechsjähriger Arbeit geschaffen. Seit Jahrzehnten krönt dieses eindrucksvolle Musikstück in aller Welt viele Feierlichkeiten und ist immer etwas Besonderes.

Zu verdanken war dieses Konzert unserem japanischen Dirigenten Takao Ukigaya, der in Kerzlin wohnt und an der Spitze des Neuruppiner Musikvereins steht. Nun schon seit Jahren bringt er mit

einer Konzertreihe beste klassische Musik in hoher Qualität in unsere Kreisstadt. Die Sinfoniekonzerte werden vom Brandenburger Staatsorchester aus Frankfurt/Oder gestaltet. Und man kann mit Fug und Recht sagen, dass diese Konzerte - in jedem Jahr 6 und extra zwei zu Neujahr - zu einer feststehenden Größe im reichhaltigen Kulturleben der Stadt geworden sind.

Das nächste fand statt am 27. November um 17 Uhr im Schlossgarten Neuruppin - ein Celloabend, und am 7. Januar 2017 gibt es um 15 und 19 Uhr in der Kulturkirche die Neujahrskonzerte.

ch-

Anerkennung

Eine wichtige Auszeichnung erhielt im November 2016 unser Stadtmuseum in Neuruppin. Es ist mit dem Preis »Auszeichnung guter Bauten im Land Brandenburg« des Bundes Deutscher Architekten geehrt worden. Wie u.a. der MÄRKER berichtete, gilt diese Auszeich-

nung dem Bauentwurf (Architekt), dem Bauherrn (Stadt Neuruppin), dem Bauamt und dem Museum selbst.

Die Kita Kinderland in Wittstock wurde ebenfalls mit diesem Preis des Architektenbundes Brandenburg, der alle vier Jahre vergeben wird, ausgezeichnet.

Termine (Aktualisierung auf www.dielinke-opr.de beachten)

Montag, 02.01.17	Mitgliedertreffen DIE LINKE. RV Fehrbellin 19.00 Uhr, Fehrbellin - Bibliothek
Donnerstag, 05.01.17	Beratung des Regionalvorstandes DIE LINKE. Wittstock-Heiligengrabe 18.00 Uhr, Geschäftsstelle Wittstock, Marktgasse 2
Montag, 09.01.17	Beratung des geschäftsführ. Kreisvorstandes DIE LINKE. OPR 15.00 Uhr, Kreisgeschäftsstelle Neuruppin, Schinkelstr. 13
Dienstag, 10.01.17	Beratung des RV DIE LINKE. Kyritz-Neustadt-Wusterhausen 19.00 Uhr, Geschäftsstelle Kyritz, Wilsnacker Str. 1

Kontakte

Dr. Kirsten Tackmann, Bundestagsabgeordnete der Fraktion DIE LINKE, Agrarpolitische Sprecherin, Obfrau im Ausschuss für »Ernährung und Landwirtschaft«.
Tel.: 030/22774309 Fax: 030/22776308
Funk: 0173/3804592
www.kirsten-tackmann.de

Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anette Bock**
Tel.: 033971/32857 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo.-Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Schinkelstr. 13, Neuruppin
Wahlkreismitarbeiter **Paul Schmudlach**
Tel.: 03391/2383
E-Mail: schmudlach@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Die. u. Do. 10.00 - 12.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro: Marktgasse 2, Wittstock
Wahlkreismitarbeiter **Andreas Bergmann**
Tel.: 03394/4031363
E-Mail: bergmann@kirsten-tackmann.de
Sprechzeiten:
Die.-Do. 10.00 - 12.00
Do. 16.00 - 18.00

Margitta Mächtig, Landtagsabgeordnete
Wahlkreisbüro: Wilsnacker Str. 1, Kyritz
Wahlkreismitarbeiterin **Anja Büchner**
Tel.: 033971/304941
E-Mail: maechtig@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 08.00 - 15.00 Uhr

**DIE LINKE. Ostprignitz-Ruppin
Kreisgeschäftsstelle Neuruppin**
Schinkelstr. 13, Neuruppin;
Tel.: 03391/655420 Fax: 03391/655422
www.dielinke-opr.de
E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. u. Do. 10.00 - 13.00 Uhr
14.00 - 16.00 Uhr

Kreisgeschäftsführer **Hartmut Buschke**
Do. 10.00 - 12.00 Uhr

Kreisschatzmeister **David Hölker**
Mo. 14.00 - 16.00 Uhr
Mi. 16.00 - 18.00 Uhr

Geschäftsstelle Kyritz
Wilsnacker Str. 1, Kyritz;
Tel.: 033971/72086 Fax: 033971/32893
E-Mail: bock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Die. 10.00 - 12.00 Uhr

Geschäftsstelle Wittstock
Marktgasse 2, Wittstock;
Tel.: 03394/4031363/-64/-65
E-Mail: wittstock@dielinke-opr.de
Sprechzeiten:
Mo. u. Die. 09.00 - 15.30 Uhr
Mi. 09.00 - 12.00 Uhr
Do. 12.00 - 15.00 Uhr

Herausgeber: Kreisvorstand **DIE LINKE. OPR**
Schinkelstr. 13, 16816 Neuruppin
V.i.S.d.P.: Paul Schmudlach, E-Mail: kv@dielinke-opr.de
Redaktion: Jürgen Schubert (js, verantw. Redakteur), Christa Horstmann (ch-), Hans-Joachim Müller (hjm), Marco Christian Wiese (MaC), Georg Albrecht (ga)

Nicht redaktionell gekennzeichnete Veröffentlichungen müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers bzw. der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Recht zur auszugswweisen Wiedergabe von Zuschriften vor.

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: **Fr., 06.01.2017**
Erscheinungsdatum: **Mi., 18.01.2017**